

---

# Berliner Debatte Initial

---

## 2

---

21. Jg. 2010

### Europäische Integration und EU-Kritik

Beichelt

EU-Kritik  
als Aneignung

---

Neyer

Supranationalität  
und Legitimität

Lechevalier  
Wielgohs

Europäische  
Sozialpolitik

---

Gissendanner

Integration 2.0

Varga  
Freyberg-Inan

Wahlen  
in Ungarn

# Europäische Integration und EU-Kritik

– Zusammengestellt von Timm Beichelt und Jan Wielgohs –

Editorial	2	***	
EUROPÄISCHE INTEGRATION UND EU-KRITIK		<i>Michael Dellwing</i>	
<i>Timm Beichelt</i>		<i>Frenemies</i> und das „wahre Selbst“.	
EU-Skepsis als Aneignung		Eine Soziologie echter Identitäten	
europäischer Politik	3	und feindlicher Freunde	94
<i>Jürgen Neyer</i>		<i>Markus Linden</i>	
Das Recht auf Rechtfertigung und		Kein Ende der Demokratie.	
die Legitimität von Supranationalität	17	Eine Einordnung und Kritik der	
<i>Arnaud Lechevalier, Jan Wielgohs</i>		Erosionsthese Michael Th. Grevens	105
EU-Sozialpolitik und die Debatte		<i>Johannes Peisker</i>	
um das Europäische Sozialmodell	29	Zwischen den Fronten	
<i>Gert-Rüdiger Wegmarshaus</i>		humanitärer Interventionen	116
EU-Integration: Demokratische		<i>Stephan Beetz</i>	
Legitimation durch Deliberation		Ist das Land anders?	
und Partizipation?	45	Neue räumliche Ordnungen	
UNGARN NACH DEN WAHLEN		und ihre gesellschaftlichen Diskurse	123
<i>Mihai Varga, Annette Freyberg-Inan</i>		<i>Matthias Finster, Uwe Krähnke</i>	
Ungarn 2010	60	Wie elitär war das	
<i>Máté Szabó</i>		Ministerium für Staatssicherheit?	136
Ungarn hat gewählt – aber wie?	67	BESPRECHUNGEN UND REZENSIONEN	
INTEGRATION VON MINDERHEITEN		<i>Raj Kollmorgen</i>	
<i>Scott Stock Gissendanner</i>		Transformation für alle(s)?	
Integration 2.0	73	Zu Rolf Reißigs Entwurf eines	
<i>Mathias Lindenau</i>		neuen sozialen Wandlungskonzepts	
Öffnet die Schweizerische Volkspartei		für das 21. Jahrhundert	147
die Büchse der Pandora?	82	Harald Simons:	
<i>Michael Bloch</i>		Transfers und Wirtschaftswachstum	
Das Schweizer Minarett-Verbot	90	Rezensiert von <i>Ulrich Busch</i>	156
		Edelbert Richter:	
		Die Linke im Epochenumbruch	
		Besprochen von <i>Rolf Reißig</i>	158

## Editorial

Noch vor wenigen Jahren galt grundsätzliche Kritik an der Europäischen Union in den Öffentlichkeiten ihrer Mitgliedsländer weitgehend als tabu. Unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges, zwischen 1989 und 1994, fand EU-Mitgliedschaft die ausdrückliche Zustimmung von über 60, zeitweise 70 Prozent der Unionsbürger/innen. Der Bevölkerungsanteil der Gegner schien mit unter 10 Prozent vernachlässigbar, und Politiker beschränkten EU-kritische Äußerungen auf Detailspekte der Unionspolitik, wollten sie nicht der Verletzung des politischen Anstands beschuldigt werden. Diese Konstellation des „permissiven Konsensus“ ist inzwischen Geschichte. Nicht nur in der breiteren Bevölkerung ist der Anteil der EU-Skeptiker in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. Auch von politischen Eliten der Mitgliedsstaaten und selbst von Intellektuellen, die einst zu den Protagonisten des europäischen Einigungsprojekts zählten, ist inzwischen zunehmend vehemente Grundsatzkritik am Modus der europäischen Integration zu vernehmen. So ist EU-Skepsis in den letzten eineinhalb Jahrzehnten zum Gegenstand intensiver Forschung geworden.

*Timm Beichelt*, der im Wintersemester 2009/10 an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) die Ringvorlesung veranstaltet hat, auf welche die Beiträge zum thematischen Schwerpunkt dieser Ausgabe zurückgehen, systematisiert einleitend die diversen Phänomene der neueren EU-Skepsis und EU-Kritik nach Trägergruppen und Themen und unterbreitet verschiedene Erklärungsangebote. Insbesondere problematisiert er die in der politischen Öffentlichkeit wie in der Forschung noch immer verbreitete Gewohnheit, substanzielle Kritik an der europäischen Integration als für die weitere Entwicklung der EU destruktiv zu

deuten, und plädiert dafür, die Zunahme von EU-Kritik als einen Prozess der Aneignung europäischer Politik durch die kritischen Akteure zu interpretieren.

Die weiteren Schwerpunktbeiträge befassen sich mit ausgewählten Problembereichen, die Beichelt als spezifische Anlässe neuerer EU-Kritik identifiziert. *Jürgen Neyer* und *Gert-Rüdiger Wegmarshaus* setzen sich mit dem in der Literatur häufig thematisierten „Demokratiedefizit“ der EU auseinander. Während Neyer den deklarierten Anspruch der EU, demokratischen Prinzipien zu genügen, für grundsätzlich verfehlt hält und die Legitimationschancen supranationalen Regierens in der EU eher in einem Geltungsgewinn argumentationsbasierter und gerechtigkeitsorientierter Politik sieht, prüft Wegmarshaus diverse Ansätze direkter und partizipativer Demokratie auf ihre Eignung, die Legitimationsprobleme der EU zu beheben.

Die wachsende Diskrepanz zwischen der Forcierung der Integration des europäischen Binnenmarktes (negative Integration) und dem gleichzeitigen Geltungsverlust von Projekten positiver, auf Marktregulierung basierender Integrationspolitik gilt als eine weitere zentrale Ursache für zunehmende Unzufriedenheit mit und Kritik an der EU, deren Wahrnehmung schon Jacques Delors dazu motiviert hat, für eine Stärkung der „sozialen Dimension“ der EU zu werben. *Arnaud Lechevalier* und *Jan Wielgoths* liefern einen Überblick über die Entwicklungsphasen der Sozialpolitik der EU und thematisieren eine Reihe von Faktoren, die der Verwirklichung der Kernideen des „Europäischen Sozialmodells“ auf absehbare Zeit im Wege stehen werden.

*Jan Wielgoths*

Mihai Varga, Annette Freyberg-Inan

## Ungarn 2010

### Die Bedeutung der Wahlergebnisse im Kontext der Demokratieentwicklung

Die Rechte hat es geschafft. Der Ungarische Bürgerbund (FIDESZ) erzielte nach der zweiten Runde der Parlamentswahlen mit einem Stimmenanteil von 52,73 Prozent und dem Gewinn fast aller Direktmandate 263 von 368 Sitzen.<sup>1</sup> Es ist das erste Mal in der post-kommunistischen Geschichte Ungarns, dass eine Partei eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament besitzt. Einerseits ist ein Sieg der Opposition über eine Partei, die in den letzten zwei Jahren eine Minderheitsregierung stellte und angesichts der wirtschaftlichen Krise einen strengen Sparkurs einhalten musste, zwar nicht unerwartet. Andererseits blieben aber Erfolge wie der des FIDESZ andernorts in Ostmitteleuropa trotz ähnlicher oder schlimmerer wirtschaftlicher Lage aus. In diesem Wahlkommentar wenden wir uns der Frage zu, wie FIDESZ einen solchen Erfolg verbuchen konnte und welche Konsequenzen seine Strategie der letzten Jahre und die damit zusammenhängenden Verschiebungen für die Demokratieentwicklung in Ungarn haben.

Vor den Wahlen wurde oft geschrieben, die wichtigste Strategie des FIDESZ, um an die Macht zu kommen, sei, das Land zu spalten, indem er die regierende Elite des Kommunismus beschuldigte, die MSZP-Regierung für illegitim erklärte und die Bevölkerung zum zivilen Ungehorsam aufrief (z.B. Puhl 2010). Das war auch der Kern unseres Arguments (Varga/ Freyberg-Inan 2009: 111) zur Art und Weise, wie es Mitte-Rechts-Parteien im postkommunistischen Europa schaffen, sich gegen den Rest des politischen Spektrums zu profilieren: „Die Demokratieunzufriedenheit der Bevölkerung verleitet politische Eliten zu der populistischen Taktik, sich selbst als Au-

ßenseiter im politischen System darzustellen. Gepredigt wird eine radikale Erneuerung, ein Abschied von der korruptierten Transformationsgegenwart durch die Entfernung von ‚Kommunisten‘. [...] Diese Argumentationslinie steht besonders Mitte-Rechts-Parteien offen, also jenen Parteien, die keine organisatorischen oder personellen Kontinuitäten zur kommunistischen Vergangenheit aufweisen (oder diese besser vertuschen können).“

Im Sinne unserer allgemeineren Thesen argumentieren wir hier, dass der Erfolg des FIDESZ in der Instrumentalisierung der Demokratieunzufriedenheit in Ungarn und in der aus Politikverdrossenheit resultierenden Handlungsfreiheit der politischen Eliten wurzelt. Mittels eines Antikommunismus-Diskurses und anderer, damit verknüpfter politischer Schachzüge gelang es FIDESZ, eine breite gesellschaftliche Front, bestehend aus Gewerkschaften, Medien und Rechts-Parteien, gegen die regierenden Eliten zu mobilisieren. Das widerspricht der früheren Politik der Partei (vor 2006), die sich weitgehend auf die Bildung einer vereinigten Rechten konzentrierte und dabei zum Beispiel Gewerkschaften und andere Verbände ignorierte. Durch diese breite Front und durch das gelungene Referendum gegen die Reformpläne der Sozialisten für das Gesundheitswesen erreichte FIDESZ schon im Frühjahr 2008, also ein Jahr vor der Verschärfung des Sparkurses in Ungarn nach Ministerpräsident Ferenc Gyurcsánys Rücktritt und dem Machtantritt des Ökonomen Gordon Bajnai, sein heutiges Niveau an Unterstützung in der Bevölkerung. Im Zuge des Machtkampfes mit den Sozialisten trug FIDESZ jedoch auch

erheblich zur Radikalisierung des politischen Diskurses bei und verhalf der extrem rechten *Jobbik* zum Einzug in die große Politik. Im Abschluss behandeln wir die Folgen dieser Entwicklung für die Qualität der Demokratie in Ungarn.

### Demokratiegefährdende Trends in der politischen Kultur Ungarns

Schon seit längerem ist in Ungarn eine Entwicklung zu spüren, die wir als demokratiegefährdend betrachten. Die „Atomisierung der Zivilgesellschaft“ während der ersten Orbán-Regierung 1998-2002 (Ágh 2002), die Unzufriedenheit der Bürger mit der „real existierenden“ Demokratie und das sinkende Vertrauen in demokratische Institutionen ermöglichen den politischen Eliten große Handlungsfreiheit. Diese Trends sind in mehreren ost- bzw. ostmitteleuropäischen Ländern spürbar, in Ungarn jedoch verstärkten sie sich im letzten Jahrzehnt abrupt.<sup>2</sup> Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Demokratieunzufriedenheit in osteuropäischen Staaten im Vergleich mit Deutschland.

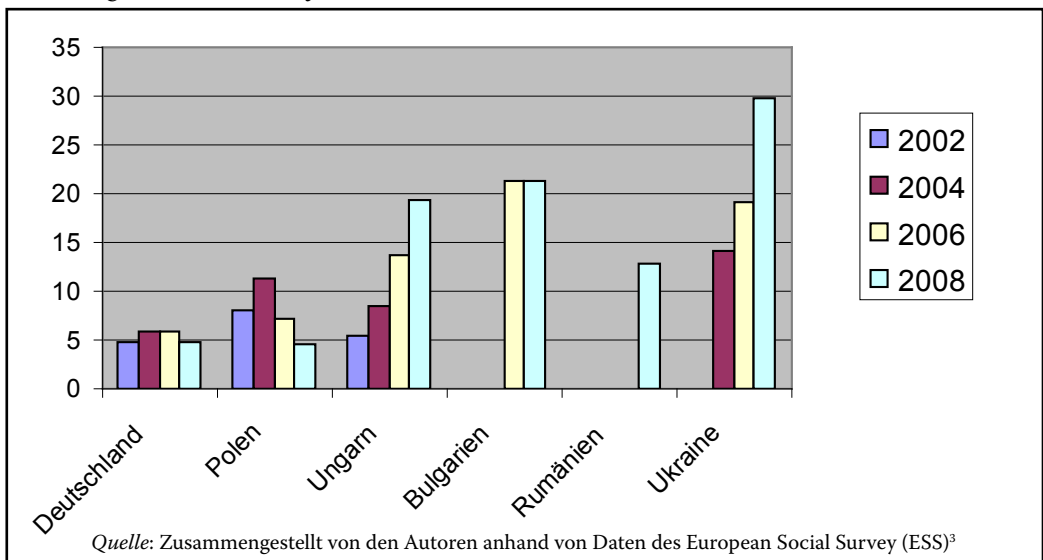
Ein weiterer demokratiegefährdender Trend ist der Rückgang des Vertrauens in politische Institutionen wie die Parlamente. In Abbildung 2 zeigen wir die Entwicklung der Antwortkategorie „Überhaupt kein Vertrauen in das Parlament“ in den vier Wellen des ESS.

Zusammen mit der zunehmenden Unzufriedenheit mit der Demokratie ermöglicht das sinkende Vertrauen in demokratische politische Institutionen erstens eine Abkoppelung der politischen Elite von der breiteren Öffentlichkeit und zweitens eine Instrumentalisierung der Demokratieunzufriedenheit durch systemkritische Parteien, die Teile der Bevölkerung gegen den demokratischen Grundkonsens mobilisieren können (und dadurch auch die Unzufriedenheit mit Demokratie und Parlament weiter schüren).

### Demokratiegefährdende Reaktionen der politischen Eliten

Eine bekannte Illustration der ersten Entwicklung, der Abkoppelung der politischen Elite von der breiteren Öffentlichkeit in Ungarn, bot die „Lügenrede“, gehalten im Mai und

Abbildung 1: Extreme Unzufriedenheit mit der Demokratie (%), 2002-2008

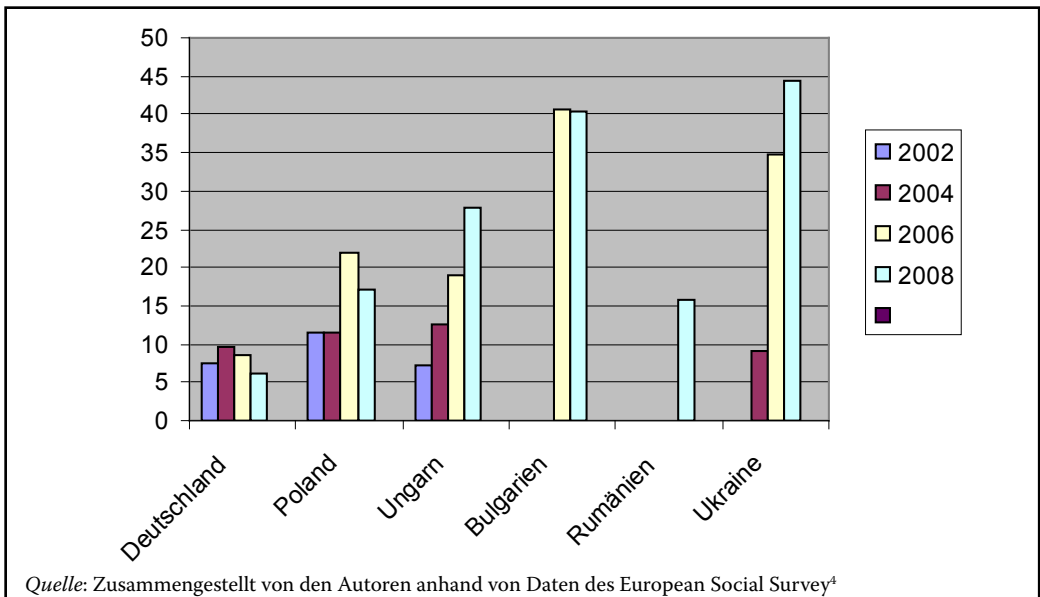


veröffentlicht im September 2006, in der Ministerpräsident Gyurcsány vor seinen Parteigenossen zugab, im Wahlkampf die Nation über das Haushaltsdefizit belogen zu haben (vgl. etwa Schöpflin 2006). Die zweite Folge der Demokratieunzufriedenheit, welche das Handeln der politischen Eliten prägt, ist ihre Instrumentalisierung durch populistische, selbst teilweise systemkritische Parteien und Strömungen. FIDESZ ist ein Beispiel dafür, dass in solchen Systemen selbst etablierte Parteien die Gelegenheit ergreifen, ihre politischen Rivalen als stellvertretend für das politische Etablissement (und im Kontext des Postkommunismus als „Kommunisten“) zu diffamieren. Weiterhin illustriert der FIDESZ, wie im Zuge dieser destruktiven Elitenkonflikte Bündnisse mit extremistischen Parteien geschlossen oder diese durch allgemeine Radikalisierung gestärkt werden.

FIDESZ und *Jobbik* stehen sich ideologisch zumindest teilweise durchaus nahe. Szlanko (2010) schreibt etwa: Sie „sind beide Erben einer rechten Tradition, welche sich seit den dreißiger Jahren kaum verbessert hat, da es ihr schon seit Jahrzehnten an Möglichkeiten

der offenen Debatte mangelt. Sie sind beide gekennzeichnet von starken anti-liberalen und anti-kapitalistischen Impulsen und stecken in einem altmodischen Blut-und-Boden-Nationalismus fest, der Fremdem und Fremden meist mit Misstrauen begegnet und einen stark autoritären Ethos widerspiegelt.“ Vor 2006 arbeitete der FIDESZ auch noch deutlich an der Bildung einer vereinigten Rechten. Jedoch stellt *Jobbik*, im Gegensatz zur Ungarischen Partei Gerechtigkeit und Leben (MIÉP), mit welcher FIDESZ früher kooperierte, für den FIDESZ inzwischen eine politische Bedrohung dar.<sup>5</sup> Nach der Veröffentlichung der „Lügenrede“ im September 2006 erklärte FIDESZ die Regierung für illegitim und forderte die Bürger zum Kampf mit friedlichen Mitteln auf. *Jobbik*-Aktivisten taten sich daraufhin im September 2006 und Oktober 2007 in den Straßenkrawallen gegen die Regierung hervor. Während dies die demokratiemüden Ungarn weiter verunsicherte und die Regierung, wie beabsichtigt, schwächte, hatte FIDESZ vermutlich nicht mit dem darauf folgenden politischen Erfolg von *Jobbik* gerechnet. In den Europawahlen 2009 und den Parlamentswahlen

Abbildung 2: „Überhaupt kein Vertrauen in das Parlament“ (%), 2002-2008



2010 schaffte *Jobbik* den Eintritt in die große Politik. *Jobbik* und FIDESZ verstehen sich eindeutig als politische Konkurrenten, seitdem die FIDESZ-Strategen verstanden haben, dass *Jobbik* vor allem aus dem Wählerreservoir des FIDESZ Stimmen holt (vgl. Vásárhelyi 2009; siehe auch Abbildung 3).

Neben der Instrumentalisierung des rechten Protestpotentials war für den Erfolg des FIDESZ ausschlaggebend, dass er es verstanden hat, auch andere gesellschaftliche Akteure gegen die Sozialisten zu mobilisieren und so seine Unterstützung in der Bevölkerung auszubauen. So versuchte FIDESZ gezielt, die traditionelle Wählerschaft und Verbündete der MSZP auf seine Seite zu ziehen. Die Gelegenheit dazu bot sich mit den Reformplänen der Gyurcsány-Regierung für das Gesundheitswesen, die die Senkung der staatlichen Finanzierung für Krankenhäuser, die Einführung von Eigenbeiträgen und die Privatisierung einiger Krankenhäuser beinhalteten. Ende Oktober 2007 kündigte FIDESZ auf einer Gedenkfeier zum Volksaufstand 1956 zusammen mit einer kleineren Partei an, ein Referendum gegen die Reform einzuleiten. Die Kampagne zum Referendum wurde der große Auftritt des FIDESZ in Vorbereitung auf die Wahlen 2010, denn im laufenden Jahr beteiligte sich der Parteivorsitzende, Viktor Orbán, kaum am Wahlkampf. Er mied jeden großen öffentlichen Auftritt und auch die Presse und veröffentlichte kein Wahlprogramm, eine Taktik, welche Szlanko (2010) treffend als „alles-für-alle Populismus“ bezeichnet hat. Vor dem Referendum im Februar 2008 sah die Strategie des FIDESZ und vor allem ihres Frontmannes völlig anders aus: Der Parteiführer tourte durch das Land und warb vor allem um Organisationen, die früher (als FIDESZ die Regierung bildete, 1998-2002) zu den Feinden der Partei gehörten: Gewerkschaften und Ärzteverbände. Zur Zeit seiner Regierung hatte FIDESZ ähnliche Vorschläge für das Gesundheitswesen gemacht wie die MSZP, aber den Widerstand der Ärzteverbände so geführt, dass er die Einleitung von Reformen nicht wagte. 2007 nun munterte FIDESZ dieselben Organisationen zum Kampf und die Gewerkschaften zu Streiks auf, die sich vorher auch gegen die Orbán-Regierung mobilisiert hatten. So kam

es im Dezember 2007 zu einer Streikwelle, die in einem Generalstreik am 17. Dezember kulminierte (Edelényi/ Tóth/ Neumann 2008; Tóth/Neumann 2008).

Das Referendum im März 2008 wurde zu einem Riesenerfolg für den FIDESZ: 80 Prozent der teilnehmenden Bürger stimmten gegen die Reformpläne, die damit gescheitert waren. Das Referendum brachte den FIDESZ auf einen Rekordwert hinsichtlich der Popularität in der Bevölkerung. Abbildung 3 zeigt, dass FIDESZ durch die Mobilisierung gegen den Ministerpräsidenten infolge der „Lügenrede“ 2006 und gegen die Reformpläne der Sozialisten für das Gesundheitswesen bereits 2008 seine heutige Unterstützung in der Bevölkerung von weit über 50 Prozent (um den Wert von 60%) erreichen konnte. Die Sozialisten erholten sich einigermaßen nach dem Referendum, verloren aber nach der Auflösung der Regierungskoalition mit den Liberalen und dem Rücktritt Gyurcsánys als Ministerpräsident und Parteivorsitzender im April 2009 wieder an Popularität.

### Aussichten für die Demokratieentwicklung

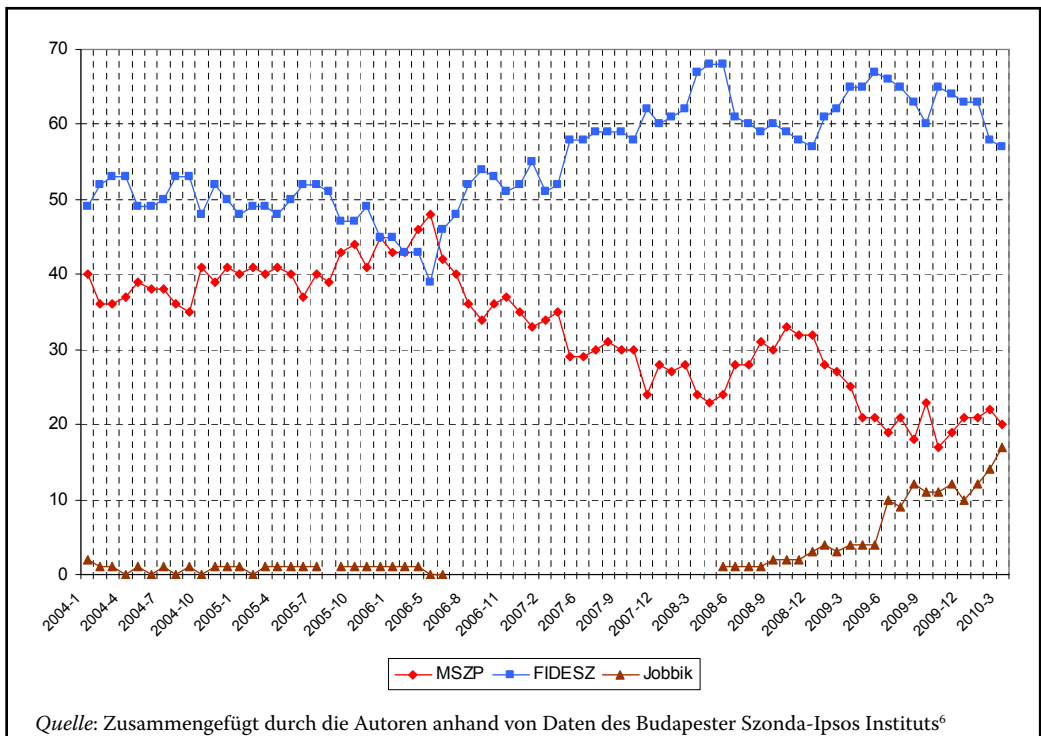
Der Sparkurs der Sozialisten, die teilweise daraus resultierende Unbeliebtheit der MSZP bei den Bürgern, und die erfolgreiche Mobilisierung gegen die MSZP und ihre Reformpläne haben FIDESZ nun in die Lage versetzt, voraussichtlich die nächsten vier Jahre nicht nur allein regieren, sondern auch wie geplant die Verfassung und das Wahl- und Verwaltungssystem ändern zu können, ohne auf andere Parteien angewiesen zu sein. Man könnte spekulieren, dass FIDESZ aus dieser Situation der Dominanz jetzt wieder einen gemäßigeren Diskurs aufnimmt. Die erste Rede Orbáns schien darauf hin zu deuten, als er nach dem Wahlsieg in der ersten Runde am 12. April erklärte, dass er jetzt „das ganze Volk“ brauche für die Aufgaben, die ihm bevorstehen. Die jüngste Rede nach der zweiten Runde aber machte deutlich, dass der FIDESZ-Diskurs weiterhin ein populistischer ist: Die Ungarn, meinte Orbán, hätten in den Parlamentswahlen 2010 „ein System der na-

tionalen Zusammenarbeit begründet anstelle der Herrschaft der Oligarchen“ (Reuters, 25.4.2010).

Angesichts der wirtschaftlichen Krise und der hohen Verschuldung Ungarns hat FIDESZ extrem wenig Spielraum, um seine Wahlversprechen von Steuersenkungen und weiterhin hoher Staatsfinanzierung des Gesundheitswesens einzuhalten. Es wird wohl sogar nötig sein, einige Maßnahmen einzuleiten, für deren Planung FIDESZ die MSZP direkt angegriffen hatte. Wolkige Feindbilder wie „Oligarchen“ werden dann gut ins Bild passen, um der Bevölkerung diese Kehrtwendungen und den „Aufschub“ der eigenen Versprechungen zu erklären.<sup>7</sup> Es gibt, in anderen Worten, wenig Gründe zu glauben, dass FIDESZ die alten Feindbilder nicht mehr brauchen wird; nicht nur, dass sie der Partei nützen können, sie scheinen auch tief in der FIDESZ-Kultur verankert zu

sein. Obwohl die Partei im Wahlkampf versucht hat, öffentliche Äußerungen auf ein Minimum zu begrenzen, führte der Kampf zwischen FIDESZ und *Jobbik* zur Veröffentlichung von Ansichten einiger FIDESZ-Hauptfiguren, die die Partei wohl lieber geheim gehalten hätte. Im April 2010 (ein paar Tage vor den Wahlen) tauchte auf einer extrem rechten *Jobbik*-nahen Internetseite eine Aufnahme auf, in der FIDESZ-Direktor Gábor Kubatov Mitgliedern der FIDESZ-Jugendorganisation erklärt, dass seine Partei eine nationale Datenbank aufbaut, die Informationen über die politischen Präferenzen aller wahlberechtigten ungarischen Bürger beinhalten soll und bereits mit großem Erfolg in den Lokalwahlen in Pécs eingesetzt wurde. So hätten die Aktivisten der Partei die Namen von 15.000 „Kommunisten“ gewusst, die nicht für den FIDESZ-Kandidaten stimmen wollten. Infolge dieser Veröffentlichung (die Aufnahme

Abbildung 3: Unterstützung in der Bevölkerung für die drei größten Parteien Ungarns, 2004-2010





kursiert inzwischen auf youtube) leiteten die größten Parteien, darunter auch die MSZP, Gerichtsverfahren gegen FIDESZ ein, da die Erstellung solch einer Datenbank, in der die Namen und Adressen von Bürgern ohne deren Zustimmung erfasst sind, in Ungarn illegal ist. Diese Anekdote zeigt, dass FIDESZ den Zustand des „mentalen Bürgerkriegs“ (Schmidt-Häuer 2007) nicht überwunden hat und auch seine Politik entsprechend fortführt.

*Jobbik*, die sich selbst als „radikal“ bezeichnet, hat es mit Schuldzuweisungen an die Minoritäten der Roma und Juden in Ungarn auf fast 17 Prozent der Stimmen gebracht und damit das frühere Rekordergebnis der extremen Rechten aus dem Jahr 1998 verdreifacht.<sup>8</sup> Orbán sieht sich einem „entschlossenen und möglicherweise sehr gefährlichen Gegner gegenüber, der sich kaum um zivilisierte Umgangsformen der parlamentarischen Politik kümmert – denn er glaubt nicht an sie“ (Szalncó 2010). Es wird von großer Bedeutung sein, ob und wie sich FIDESZ von der *Jobbik*-Rhetorik des Hasses und der Hetze gegen Minderheiten distanziert. Seit dem Beginn des rhetorischen Verfalls der ungarischen Demokratie vor etwa zehn Jahren haben sich Orbán und FIDESZ nicht deutlich gegen die Hetze von rechts ausgesprochen. Nun ist die Frage, was das politische Kalkül verlangt. Einerseits erlebt der FIDESZ Konkurrenz von rechts, und viele Ungarn haben genug von rechtsradikalen Parolen und Straßenkrawallen. Andererseits trägt das wirtschaftliche Klima weiter zu Konflikten mit Minderheiten bei (die Kriminalitätsrate unter den Roma etwa steigt als Folge von Verarmung), und in der Bevölkerung hat sich noch keine kritische Masse von aktiven Verfechtern eines pluralistischen und offenen Demokratieverständnisses herausgebildet. Das politische Klima bleibt gekennzeichnet durch destruktive Elitenkonflikte; in der Bevölkerung wächst die Demokratieunzufriedenheit weiter. Dies ist der Nährboden für die Entwicklung „selektiver Demokratie“, in der die repräsentative Demokratie kaum Wurzeln in der Gesellschaft fasst, der demokratische Diskurs sich radikalisiert und zunehmend ganze Gesellschaftsgruppen unvertreten bleiben, ja sogar direkt bedroht werden. Die demokratische

politische Kultur Ungarns bleibt ungefestigt, die Demokratieentwicklung prekär.

## Anmerkungen

- 1 Dazu gewann die ultra-nationalistische *Jobbik* (Bewegung für ein Besseres Ungarn) 47 (16,67%). Die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) erhielt 59 Sitze (19,30%), die LMP („Politik kann anders sein“, eine neue, aus der Zivilgesellschaft entstandene grüne und liberale Partei) 5 (7,48%).
- 2 Eine detaillierte Besprechung dieser Trends und ihrer Bedeutung für die Politik findet sich in Varga/Freyberg-Inan (2009).
- 3 Die Ukraine zeigt als post-kommunistisches Land, das nicht der EU angehört, ähnliche Werte wie Ungarn. Bulgarien ist das EU-Land mit der bei weitem höchsten Unzufriedenheit, aber hier ist die Lage konstant, während die Demokratieunzufriedenheit in Ungarn in den vergangenen acht Jahren sehr stark zugenommen hat. Die gestellte Frage lautet: „Und wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Art und Weise, wie die Demokratie in [Land] funktioniert?“ (Originaltext abrufbar unter <http://ess.nsd.uib.no/ess/round4/fieldwork/Germany>; Antworten von 0 bis 10; 0 gibt extreme Unzufriedenheit mit der Demokratie an). Die gesamte Unzufriedenheit mit der Demokratie (Antwortkategorien 0-4) ergibt das folgende Bild für 2008: Deutschland 35,7% (konstante Werte 2002-2008), Polen 40,9% (runter von 61% im Jahr 2004), Ungarn 71,5% (hoch von 38% im Jahr 2002), Bulgarien 82,6% (hoch von 76,4% im Jahr 2006, keine früheren Daten), Rumänien 54,1% (keine früheren Daten), Ukraine 76% (hoch von 50,1% im Jahr 2004).
- 4 Die Frage lautet: „Bitte benutzen sie Liste 8 und sagen Sie mir zu jeder öffentlichen Einrichtung oder Personengruppe, die ich Ihnen nenne, wie sehr Sie *persönlich* jeder einzelnen davon vertrauen. Verwenden sie dazu diese Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet, dass Sie dieser Einrichtung oder Personengruppe überhaupt nicht vertrauen, und 10 bedeutet, dass Sie ihr voll und ganz vertrauen. Wie ist das mit dem [Bundestag]?“ [im Falle Deutschlands] (Hervorhebung im Originaltext; abrufbar unter <http://ess.nsd.uib.no/ess/round4/fieldwork/Germany>).
- 5 Eine Analyse der langjährigen Zusammenarbeit zwischen FIDESZ und rechtsextremen Parteien findet sich in Vásárhelyi (2009).
- 6 Monatliche nationale Umfragen, 2004-2010. Die Frage lautet: „Für welche Partei würden Sie stimmen, falls morgen Parlamentswahlen stattfinden würden?“. Einbezogen in Abbildung 1 sind nur die Befragten, die angaben, auch wählen zu wollen. Die Umfrageergebnisse gehen stark parallel mit den tatsächlichen Wahlergebnissen. Daten abrufbar auf <http://www.ipsos.hu/site/graph?type=2> (April 28, 2010).
- 7 Der Begriff „Oligarchen“ in einer Rede Orbáns ist auch deswegen problematisch, weil FIDESZ selbst keine Partei der Armen ist und die Unterstützung vieler reicher Ungarn genießt (größter Sponsor der Partei ist Gábor Széles, der fünft reichste Bürger des Landes).

- 8 Im September 2007 ging die Partei mit einer uniformierten Miliz an die Öffentlichkeit, der sogenannten Ungarischen Garde. Diese trug die Árpád-Fahne der ungarischen Nazi-Partei durch die Straßen, die während des Holocaust geholfen hatte, eine halbe Million Juden zu ermorden, und wetterte gegen *cigánybűnözés* (Romakriminalität). Die Ungarische Garde wurde zwar im Dezember 2008 verboten, wurde jedoch gleich darauf unter anderem Namen wiedergegründet. Die *Jobbik*-nahe Zeitschrift *Barrikád* verschafft einen klaren Eindruck von der ideologischen Ausrichtung der Partei.
- Puhl, Jan, 2010: Orbán's Triumph in Ungarn: Revolution von rechts. In: *Der Spiegel*, 12.04.2010.
- Schmidt-Häuer, Christian, 2007: Die Verführung Europas. In: *Die Zeit*, 25.01.2007.
- Schöpfli, George, 2006: Hungary: Country without Consequences. In: *openDemocracy*, [http://www.opendemocracy.net/democracy-protest/hungary\\_3926.jsp](http://www.opendemocracy.net/democracy-protest/hungary_3926.jsp) (03.05.2010).
- Szlanko, Balint, 2010: Orbán's day of reckoning. In: *Transitions Online*, 31.03.2010.
- Tóth, András/ Neumann, László, 2008: Health insurance bill passed despite nationwide protest strikes. In: *European Industrial Relations Observatory*, <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/2008/02/articles/hu0802029i.htm> (03.05.2010).
- Varga, Mihai/ Freyberg-Inan, Annette, 2009: Demokratie okay, aber für alle? Demokratieunzufriedenheit und selektive Demokratie in Mittel- und Osteuropa. In: *Berliner Debatte Initial 20* (4), 104-119.
- Vásárhelyi, Mária, 2009: A Fidesz elbitangolt radikálisai (Die streunenden Radikale des FIDESZ), <http://trajo.hu/a-fidesz-elbitangolt-radikalasai.html> (Roma-portal, 03.05.2010, ursprünglich in *Élet és Irodalom*, LIII, 17).
- Ágh, Attila, 2002: Ungarn zwischen zentralistischer Mehrheitsdemokratie und europäischer Mehrebenendemokratie. In: *Politikinformation Osteuropa*. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.
- Edelényi, Márk/ Tóth András / Neumann, László, 2008: Majority vote 'yes' in referendum to abolish medical and higher education fees. In: *European Industrial Relations Observatory*, <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/2008/04/articles/hu0804029i.htm> (03.05.2010).

## Literatur

# Autorenverzeichnis

**Stephan Beetz**, Prof. Dr.,  
Sozialwissenschaftler, Hochschule Mittweida

**Timm Beichelt**, Prof. Dr.,  
Politikwissenschaftler, Europa-Universität Viadrina  
Frankfurt (Oder)

**Michael Bloch**,  
Politikwissenschaftler, Universität Genf, Johann  
Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

**Ulrich Busch**, Dr. oec. habil.,  
Finanzwissenschaftler, Leibniz-Sozietät Berlin

**Michael Dellwing**, Dr.,  
Soziologe, Universität Kassel

**Matthias Finster**,  
Soziologe, TU Chemnitz

**Annette Freyberg-Inan**, Prof. Dr.,  
Politikwissenschaftlerin, Universität  
Amsterdam

**Scott Stock Gissendanner**, PhD,  
Juniorprofessor für Politikwissenschaft an der  
Universität Göttingen

**Raj Kollmorgen**, Dr.,  
Soziologe, Berliner Debatte Initial

**Uwe Krähnke**, Dr.,  
Soziologe, TU Chemnitz

**Arnaud Lechevalier**, Prof. Dr.,  
Universität Paris Panthéon-Sorbonne, z.Z.  
Gastprofessor an der Europa-Universität Viadrina  
Frankfurt (Oder)

**Markus Linden**, Dr.,  
Politikwissenschaftler, Universität Trier

**Mathias Lindenau**, Prof. Dr.,  
Sozialwissenschaftler, Fachhochschule  
St. Gallen

**Jürgen Neyer**, Prof. Dr.,  
Politikwissenschaftler, Europa-Universität Via-  
drina Frankfurt (Oder), Direktor des Frankfurter  
Instituts für Transformationsstudien

**Johannes Peisker**, M. A.,  
Politikwissenschaftler, Martin-Luther-Universität  
Halle-Wittenberg

**Rolf Reißig**, Prof. Dr.,  
Sozial- und Politikwissenschaftler, Brandenburg-  
Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche  
Studien (BISS).

**Máté Szabó**, Prof. Dr.,  
Politikwissenschaftler, Eötvös-Loránd-  
Universität Budapest

**Mihai Varga**, M. A.  
Sozialwissenschaftler, Universität  
Amsterdam

**Gert-Rüdiger Wegmarshaus**, Prof. Dr.,  
Politikwissenschaftler, Europa-Universität Viadri-  
na Frankfurt (Oder)

**Jan Wielgoths**, Dr.,  
Politikwissenschaftler, Frankfurter Institut für  
Transformationsstudien, Europa-Universität  
Viadrina Frankfurt (Oder)



## LINKSREFORMISMUS

**Call for Papers *Mit Linksreformismus aus der Krise?***

Die Frist zur Einreichung von Beiträgen (Kurzfassung) wurde  
bis zum 30. September 2010 verlängert.

[www.linksreformismus.de](http://www.linksreformismus.de)

# Berliner Debatte Initial 21 (2010) 2

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© **Berliner Debatte Initial** e.V., Vorsitzender Erhard Crome, Ehrenpräsident Peter Ruben. Berliner Debatte Initial erscheint viermal jährlich.

**Redaktionsrat:** Harald Bluhm, Birgit Glock, Cathleen Kantner, Ingrid Oswald, Rainer Land, Udo Tietz, Andreas Willisch, Rudolf Woderich

**Redaktion:** Ulrich Busch, Erhard Crome, Wolf-Dietrich Junghanns, Thomas Müller, Dag Tanneberg, Matthias Weinhold

Redaktionelle Mitarbeit: Raj Kollmorgen, Ulrich Räther, Robert Stock

**Produktion:** Rainer Land

**Verantwortlicher Redakteur:** Jan Wielgoths, verantwortlich für dieses Heft (V.i.S.P.): Jan Wielgoths

**Copyright** für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.

**E-Mail:** [redaktion@berlinerdebatte.de](mailto:redaktion@berlinerdebatte.de)

**Preise:**

Einzelheft ab 2009: 15 €

Jahresabonnement: 2010: 39 €

Studenten, Rentner und Arbeitslose 25 €.

Ermäßigte Abos bitte nur direkt bei *Berliner Debatte Initial* bestellen. Nachweis (Kopie) beilegen.

Das Abonnement gilt jeweils für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

**Bestellungen Einzelhefte, Abos** und pdf-Dateien im Webshop oder per Mail an: [leidenschaften@berlinerdebatte.de](mailto:leidenschaften@berlinerdebatte.de)

**Tel.:** +49-39931-54726, **Fax** +49-39931-54727

**Post:** PF 58 02 54, 10412 Berlin

**[www.berlinerdebatte.de](http://www.berlinerdebatte.de)**



## LINKSREFORMISMUS

### Perspektiven für linke Reformprojekte

**Auftaktsymposium Linksreformismus  
am 17. September 2010, IG-Metall-Haus Berlin**

Die Krise offenbart Schwächen neoliberaler Erklärungsmuster und eröffnet gleichzeitig neue Räume für linksreformistische Politik. Diese inhaltlich fundiert und jenseits von Parteien auszuloten ist das Ziel des Diskursprojekts Linksreformismus. Unter der Überschrift „Mit Linksreformismus aus der Krise?“ lädt die Berliner Debatte Initial gemeinsam mit anderen Zeitschriften zum Verfassen von Beiträgen ein, die konkrete Politikprojekte und Mobilisierungsstrategien entwickeln sowie sich mit linksreformistischen Theorien auseinandersetzen. Der **Call for Papers** ist online abrufbar unter [www.linksreformismus.de](http://www.linksreformismus.de).

Im Auftaktsymposium „Perspektiven für linke Reformprojekte“ am **17. September 2010** soll auf **zwei Podien** der Status quo des linken Reformdiskurses reflektiert werden: „Was steht in den Zeitschriften?“ und „Was passiert politisch?“ sind die Leitfragen dafür.

Ausdrucken oder kopieren, ausfüllen, falten und als Postkarte abschicken!

## Berliner Debatte Initial Bestellung:

Ich bestelle ein Abonnement der Berliner Debatte INITIAL ab Heft

- Das Abonnement soll für ein Jahr befristet werden.
- Das Abonnement soll gelten, bis ich es abbestelle. Abbestellung jederzeit.
- Abonnement 39 Euro (Ausland zuzüglich 6 Euro Porto).
- Ermäßigt 25 Euro (Studenten, Rentner, Arbeitslose, Wehr- und Zivildienstleistende)  
Nachweis bitte beilegen.

Vorname, Name:

Straße, Nr.:

Postleitzahl:

Ort:

Telefon:

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

- Jahresrechnung
- Bargeldlos: halbjährliche Abbuchung. Bankinstitut:  
Konto-Nr.: Bankleitzahl:

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (Poststempel) bei der Bestell-  
adresse schriftlich widerrufen kann.

Datum:

Unterschrift:

Name:

Straße und Nr.

PLZ, Ort:

Abonnement erworben von:

Antwortkarte

Bitte  
frankieren

Berliner Debatte  
Initial

PF 58 02 54

**10412 Berlin**

**www.berlinerdebatte.de**  
**per Mail: leidenschaften@berlinerdebatte.de**